Beschluss des 69. Bundeskongresses der Europa-Union

vom 25.10.2026

Europa souverän für die Zukunft vollenden

80 Jahre nach ihrer Gründung, 85 Jahre nach dem Manifest von Ventotene steht die überparteiliche Europa-Union Deutschland an einem historischen Wendepunkt. Die Generation unserer Gründerinnen und Gründer stellte dem wahr gewordenen Schrecken eines faschistisch-nationalsozialistischen Herrschaftsraums die Vision eines in Freiheit geeinten Europa entgegen. Diese Vision hat sich für vier Generationen und viele Millionen Menschen in einem großen Teil des europäischen Kontinents erfüllt. Die europäische Einigung bleibt auch heute der einzige Weg, wie Freiheit, Demokratie und Frieden auf unserem Kontinent dauerhaft gesichert werden können.
Diese Überzeugung hat die föderalistische Bewegung von Anfang an getragen. Sie findet sich im Ventotene-Manifest, im Hertensteiner Programm, im Düsseldorfer Programm, im Föderalistischen Manifest und in zahlreichen programmatischen Beschlüssen unseres Verbandes wieder. Sie bleibt auch heute aktuell. Denn die Herausforderungen haben sich verändert, die Notwendigkeit europäischer Einigung jedoch nicht.

Die Europäische Union hat Europa eine beispiellose Friedensperiode ermöglicht. Millionen Menschen konnten in Freiheit leben, Grenzen überwinden und gemeinsame Institutionen aufbauen. Doch die Gewissheiten der vergangenen Jahrzehnte tragen nicht mehr. Der Austritt des Vereinigten Königreichs war der schwerste Rückschlag der europäischen Einigung seit Jahrzehnten und bleibt eine Mahnung, den Nutzen Europas im Alltag erfahrbar zu machen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, geopolitische Machtverschiebungen, technologische Abhängigkeiten, hybride Bedrohungen, demokratische Erosion und wachsende internationale Konkurrenz zeigen: Europa muss seine Einigung vertiefen, wenn es seine Freiheit bewahren will. Europa muss seine strategische Souveränität stärken, um weltweit als selbstbewusster Akteur handlungsfähig zu bleiben.

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland versteht sich als zivilgesellschaftliche Kraft, die nicht allein den Status quo verteidigt, sondern die europäische Einigung vollenden will. Unser Ziel bleibt der europäische Bundesstaat, demokratisch legitimiert, handlungsfähig nach außen und solidarisch nach innen. Grundlage dieses europäischen Bundesstaates ist das Subsidiaritätsprinzip: Entscheidungen sollen bürgernah getroffen werden; europäische Zuständigkeiten müssen sich auf Aufgaben mit eindeutigem europäischem Mehrwert konzentrieren.

Aber die europäische Einigung entsteht nicht allein durch Institutionen. Sie benötigt eine Idee, die Menschen verbindet. Eine politische Gemeinschaft braucht ein gemeinsames Bewusstsein ihrer Werte und ihrer Geschichte. Bereits 1995 verabschiedete die Europa-Union Deutschland auf ihrem Bundeskongress in Lübeck die Charta der Europäischen Identität, die in mehreren europäischen Sprachen veröffentlicht wurde und bis heute nichts von ihrer Aktualität verloren hat.

Europa ist mehr als ein Markt, als ein Regelwerk und als ein Verwaltungsraum. Europa ist eine Wertegemeinschaft, die auf Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und kultureller Vielfalt gründet. Besonders in Zeiten der gesellschaftlichen Polarisierung und gezielter Desinformation müssen diese Grundlagen neu vermittelt werden. Europäische Identität ergänzt und verbindet nationale, regionale und lokale Identitäten. Wer europäisch denkt, gewinnt einen größeren politischen Handlungsraum. Die Europa-Union steht daher auch für ein Europa der Regionen, Städte und Gemeinden.

Makroregionale Strategien wie für den Ostseeraum, den Donauraum, den Alpenraum oder die Adriatisch-Ionische Region zeigen, wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Regionen, Städten und Parlamenten europäischen Mehrwert schafft. Sie sind politisch und finanziell zu stärken.

Europa ist zuerst eine Kulturgemeinschaft. Seine Kathedralen und Kontore, seine Sprachen, Bibliotheken und Bühnen erzählen eine gemeinsame Geschichte, die nie eine einheitliche war. Kulturpolitik gehört deshalb zum Fundament europäischer Identität. Das Erbe verpflichtet; Zukunft entsteht dort, wo Menschen Europa erleben und gestalten.

In Zeiten emotionaler Angriffe auf Europa sollten wir Europa auch emotional verteidigen. Extremisten und Europafeinde im Inneren reden Europa schlecht Daher sollten wir einen Europa-Patriotismus entwickeln, um selbst zu bestimmen, wohin wir als Europäer gehen wollen.

Die Europa-Union Deutschland setzt sich für eine Stärkung der europäischen Öffentlichkeit und der politischen Bildung, der europäischen Bürgergesellschaft und der europäischen Demokratie ein. Europa muss wieder stärker als gemeinsames politisches Projekt erfahrbar werden. Dazu gehören ein europaweit einheitliches Wahlrecht, transnationale Listen, ein gestärktes Initiativrecht des Europäischen Parlaments sowie eine europäische Öffentlichkeit.

Der Kommissionspräsident Jacques Delors hat mit dem Binnenmarkt, dem sozialen Dialog und der Regionalförderung, die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit dem Green Deal und dem Draghi-Report Wege hin zu einem stärker wettbewerbsfähigen und zugleich sozialen wie nachhaltigen Europa eröffnet.

Insbesondere der europäische Binnenmarkt hat zu Wohlstand und Arbeitsplätzen in allen beteiligten Staaten beigetragen. Gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Unsicherheit, von Handelskonflikten und unfairen Handelspraktiken schafft er Sicherheit und Verlässlichkeit. Die Europa-Union Deutschland tritt deshalb dafür ein, bestehende Hürden im Binnenmarkt weiter abzubauen, ohne gemeinsam errungene Standards zu senken. Sie setzt sich dafür ein, den Binnenmarkt auf wichtige Zukunftsbereiche wie Energie, Digitales, Kapitalmarkt und Verteidigungsgüter auszudehnen. Ein starker Binnenmarkt ist die Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit, soziale Sicherheit und Nachhaltigkeit.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine, die zunehmende Systemkonkurrenz mit autoritären Mächten, globale Technologiekonflikte und die Erosion der internationalen Ordnung machen deutlich, dass ein bloß koordinierendes Europa nicht ausreicht. In zentralen Politikfeldern bewegt sich Europa längst in Richtung einer bundesstaatlichen Ordnung: mehr gemeinsames Handeln, mehr gemeinsame Verantwortung, mehr gemeinsame Souveränität. Dennoch haben nationalistische Bewegungen Konjunktur, fehlt vielen europäischen Regierungen die Kraft und der Mut, die Weichen entschlossen in Richtung Vertragsreform zu stellen.

Die europäische Einigung begann als Friedensprojekt. Sie muss ein Friedensprojekt bleiben. Europa muss dabei militärische Handlungsfähigkeit immer mit Diplomatie, Krisenprävention, Beobachtungsmissionen und internationaler Zusammenarbeit verbinden. Friedensdiplomatie kann jedoch nur wirksam sein, wenn sie mit wirtschaftlicher Stärke und Wehrhaftigkeit hinterlegt sind. Frieden lässt sich nicht allein durch guten Willen sichern. Frieden braucht die Fähigkeit zur Abschreckung, zur Verteidigung und zur strategischen Handlungsfähigkeit.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Europa seine Sicherheit nicht dauerhaft an Dritte delegieren kann. Deshalb tritt die Europa-Union Deutschland für den schrittweisen Aufbau einer Europäischen Verteidigungsunion als souveräner Pfeiler der Nato ein. Unser langfristiges Ziel bleibt eine gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter demokratischer Kontrolle. Perspektivisch sollte diese durch einen Europäischen Außenminister und eine gemeinsame europäische Vertretung in internationalen Organisationen ergänzt werden. Die europäischen Streitkräfte müssen stärker integriert, Beschaffung und Rüstungsplanung europäisch organisiert und die sicherheitspolitischen Entscheidungsstrukturen reformiert werden.

Die Europa-Union Deutschland unterstützt die europäische Perspektive der Ukraine, Moldaus, Georgiens und der Staaten des westlichen Balkans. Weitere mögliche Neumitglieder sind herzlich willkommen. Island, Norwegen, die Schweiz sind Teil der europäischen Schicksalsgemeinschaft, auch Grönland hat, wenn es das will, eine europäische Perspektive. Die EU-Erweiterung ist eine historische Notwendigkeit und ein strategisches Gebot. Gleichzeitig gilt: Eine Union mit mehr Mitgliedstaaten braucht leistungsfähigere Institutionen. Erweiterung und Vertiefung gehören daher untrennbar zusammen.

Die Europa-Union Deutschland fordert:

- eine schrittweise Überwindung nationaler Vetorechte in zentralen Politikfeldern,
- die Ausweitung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen,
- die Stärkung des Europäischen Parlaments,
- eine Reform der europäischen Verträge,
- die Weiterentwicklung der Union zu einer demokratischen föderalen Ordnung, zu souveränen Vereinigten Staaten von Europa.

Wo notwendige Reformen kurzfristig nicht von allen Mitgliedstaaten mitgetragen werden, müssen Gruppen williger Staaten die Möglichkeit erhalten, im Rahmen einer vertieften Integration voranzugehen, ohne die Einheit Europas zu gefährden. Dies entspricht der historischen Erfahrung europäischer Integration und dem föderalistischen Grundsatz, dass Fortschritt nicht am Widerstand Einzelner scheitern darf.

Die Europa-Union Deutschland bekräftigt ihren Gründungsauftrag. Wir werden weiterhin für ein demokratisches, handlungsfähiges und föderales Europa eintreten. Wir werden europäische Identität stärken, demokratische Werte verteidigen und die politische Einigung Europas voranbringen. Die Vision unserer Gründerinnen und Gründer war niemals Verwaltung, sondern Gestaltung. Sie wollten ein Europa, das seine Vielfalt bewahrt und zugleich politisch zusammenwächst. Sie wollten ein Europa des Friedens, der Freiheit und der Demokratie. Diese Vision verpflichtet uns. Gerade heute. Europa ist nicht fertig. Europa muss vollendet werden. Und genau daran arbeiten wir. Gemeinsam. Föderalistisch. Europäisch.